### Schriftliche Mitteilung von Fällen höherer Gewalt oder außergewöhnlichen Umständen an die Wallonische Zahlstelle

## I. Rechtsgrundlage:

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates, Artikel 2, 64 und 77;

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 640/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance, Artikel 4;

**II. Formular:**

Damit der Begünstigte oder der Anspruchsberechtigte seinen Beihilfeanspruch behalten oder die Beihilfen bei einer laufenden Verpflichtung entsprechend ihrer ursprünglichen Laufzeit weiterhin erhalten kann, ist das vorliegende Formular ordnungsgemäß auszufüllen und **innerhalb von 15 Werktagen** ab dem Zeitpunkt, an dem der Begünstigte oder der Anspruchsberechtigte hierzu in der Lage ist, bei der Wallonischen Zahlstelle einzureichen.

**A. Informationen bezüglich des betroffenen begünstigten Betriebs:**

Nr. des Partners (Erzeugernr. des Landwirts, Produzenten-Nr. des Forstwirts, PIS-Nr., F-Nr., FL-Nr. usw):

Bezeichnung:

**D. Informationen bezüglich der Fälle höherer Gewalt oder der außergewöhnlichen Umstände:**

Als Fälle „höherer Gewalt“ und „außergewöhnliche Umstände“ werden folgende Fälle bzw. Umstände anerkannt:

[ ]  Tod des Begünstigten;

[ ]  länger andauernde Berufsunfähigkeit des Begünstigten;

[ ]  eine schwere Naturkatastrophe, die den Betrieb erheblich in Mitleidenschaft zieht;

[ ]  unfallbedingte Zerstörung von Stallgebäuden des Betriebs;

[ ]  eine Seuche oder Pflanzenkrankheit, die den ganzen Tier- bzw. Pflanzenbestand des Begünstigten oder einen Teil davon befällt;

[ ]  Enteignung des gesamten Betriebes oder eines wesentlichen Teils davon, soweit diese Enteignung am Tag des Eingangs der Verpflichtung nicht vorherzusehen war;

[ ]  Sonstige außergewöhnliche Umstände (Beschreiben Sie diese im untenstehenden Feld so ausführlich wie möglich): …

Datum des Falls/der Umstände : \_ \_ . \_ \_ . 20 \_ \_

………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………[ ]  Begründen Sie bitte warum Sie die Anerkennung eines Falles höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände beantragen: ………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………………….

Beigefügte(r) Beleg(e): Totenschein, falls dieser noch nicht an die Außendirektion (für die Erzeugernr. und Produzenten-Nr.) oder an die Direktion der Rechte und der Quoten (für sonstige Nr.: PIS, J, F, FL, MAN usw.) übermittelt wurde, Bescheinigung über den völligen Verlust der Arbeitsfähigkeit (> 66 %) von INAMI, Versicherungsbescheinigung, Sachverständigengutachten, Bericht des (Tier-)Arztes, Polizeibericht, Feuerwehrbericht, Mitteilung über die Enteignung, Erlass der Wallonischen Regierung zur offiziellen Anerkennung der Kalamität und zur Abgrenzung ihrer geografischen Ausdehnung

Erklärung

Ich (wir), Unterzeichnende(r).......…………………………………………………………………...

…………………………………………………………………………….……………………...………………......, vorstehend als Begünstigte(r) oder Anspruchsberechtigte(r) angegeben, erkläre(n) Folgendes:

* Ich (wir) verfüge(n) über alle beweiskräftigen Belege zum Nachweis des Falls höherer Gewalt bzw. der außergewöhnlichen Umstände und füge diese bei;
* Bei Nichteinhaltung der Verpflichtungskriterien oder falschen Angaben verpflichte(n) ich (wir) mich (uns), die unrechtmäßig gezahlten Beträge zurückzuzahlen;
* Diese Mitteilung dient nicht dem Zweck, die Voraussetzungen für den Erhalt der beantragten Beihilfen zu umgehen oder künstlich zu schaffen;
* Diese Mitteilung dient nicht dem Zweck bzw. führt nicht dazu, die Investition ihrem festgelegten Zweck zu entfremden.

Ich (wir), Unterzeichnende(r)………………………………………………………………………….

……………………………………………………………...……………….……………………………………………………………, bestätige(n) hiermit, dass die vorliegende Erklärung ehrlich und wahr ist.

Ausgefertigt in …………………………………, am \_ \_.\_ \_.20\_ \_.

*Unterschrift(en):*

*Die Unterschrift jedes Unterzeichnenden muss mit dem Nachnamen, Vornamen und Vermerk „gelesen und genehmigt“ gekennzeichnet werden.*